

## **Grundeinkommen: UnternehmerInnen als Bündnispartner**

Christine Bauer-Jelinek

abstract

The considerations in this abstract are based on an unconditionally granted basic income and show why entrepreneurs can be important partners for this claim. Over 50% of the Austrian enterprises are micro-enterprises, which have no or not more than three employees and. 128.000 entrepreneurs are just above the poverty line. In addition entrepreneurs don't have the same social securities as employees. Entrepreneurs don't get sickness benefits, holiday pay or doles and they have to pay deductibles for their health insurance and so on. In contrast to managers and CEO's, who are often misleadingly called entrepreneurs; most micro-entrepreneurs assume the full entrepreneurial risk and are personally liable. For these small- and micro-enterprises a basic income would be an eligible social security. That would make discussions about unemployment insurance for entrepreneurs unnecessary.

Another aspect beside the social one is the political one: the unconditionally granted basic income – and only that – would be an emancipatory act, to re-establish the power-balance, which has been unhinged by liberalisation and globalisation. Minimal security for all people would be provided and they would be less susceptible to economic pressure.

Die Überlegungen in diesem Beitrag gehen von einem *bedingungslosen* Grundeinkommen aus und zeigen auf, warum UnternehmerInnen wichtige Partner für diese Forderung sein können. Österreichs Unternehmen sind zu über 50 % Kleinst-(Mikro-)unternehmen, die keine oder bis zu 3 Beschäftigte haben. 128.000 UnternehmerInnen liegen mit ihrem Einkommen nur knapp über der Armutsgrenze. Zusätzlich verfügen UnternehmerInnen nicht über die gleiche soziale Absicherung wie Angestellte. Sie erhalten kein Kranken-, Urlaubs- und Arbeitslosengeld, zahlen Selbstbehalt bei Krankenkassen u. ä. Im Gegensatz zu TopmanagerInnen oder VorstandsdirektorInnen, die oft fälschlicherweise auch als Unternehmer bezeichnet werden, tragen die meisten Mikro-UnternehmerInnen jedoch persönlich das volle unternehmerische Risiko und haften als Privatpersonen. Für diese Klein- und Mikro-UnternehmerInnen wäre also das Grundeinkommen endlich eine geeignete soziale Absicherung. Damit würden sich die Diskussionen über eine Arbeitslosenversicherung für UnternehmerInnen erübrigen und auch die anderen Fragen der sozialen Sicherheit gleich mit abgedeckt werden. Ein weiterer Aspekt neben der eigenen Sicherheit ist politischer Natur: Das bedingungslose Grundeinkommen – allerdings nur dieses – wäre auch ein emanzipatorischer Akt, um das Macht-Gleichgewicht wieder herzustellen, das durch Liberalisierung und Globalisierung aus der Balance geraten ist. Die Menschen wären ohne Demütigung und Kontrollzwang wenigstens minimal abgesichert und somit ökonomisch weniger erpressbar.

Bevor ich auf die Bedeutung des Grundeinkommens für UnternehmerInnen eingehe, möchte ich betonen, dass hier immer das so genannte bedingungslose Grundeinkommen gemeint ist. Das bedeutet: Ein Grundeinkommen für jeden Menschen in Existenz sichernder Höhe ohne Arbeitsverpflichtung, unabhängig vom Einkommen. Die Höhe kann über die Armutsgrenze definiert werden, das

sind 2006 in Österreich 774 Euro.<sup>1</sup> Ich spreche also von einem Grundeinkommen von derzeit etwa 800 Euro pro Person, für Kinder wären 400 Euro anstelle der Kinderbeihilfe anzusetzen und das bedingungslose Grundeinkommen wäre gleichzeitig auch die staatlich garantierte Mindestpension. Dieses bedingungslose Grundeinkommen ersetzt als großes Modell alle anderen Transferleistungen, also Arbeitslosengeld, Notstand-, Sozialhilfe, jede Art von Zuschüssen etc. Finanziert werden könnte das Modell zum Großteil durch die Einsparung des Verwaltungsaufwandes und zum Beispiel durch die Besteuerung von Finanztransaktionen. Meine Ausführungen beziehen sich also nicht auf ein bedarfsgerechtes Grundeinkommen oder auf andere Formen der Sozialhilfe, sondern auf einen Ansatz mit weiter reichenden gesellschaftlichen und politischen Folgen: Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Existenzsicherung unabhängig von Arbeit und Einkommen, auch ohne Verpflichtung zu Tätigkeiten in sozialen Institutionen. Soweit zur Ausgangslage.

Bei den Überlegungen, welche Gruppen sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen stark machen könnten, wurden bislang die UnternehmerInnen ausgespart. Manche Autoren gehen sogar davon aus, dass UnternehmerInnen und Selbständige grundsätzlich und per se Gegner dieser Überlegungen sein würden. Aufgrund meiner Erfahrungen als Wirtschaftscoach und Vorsitzende der Initiative für Mikro-UnternehmerInnen beschäftige ich mich in meinem Beitrag nun damit, welche Motivation und welches Interesse UnternehmerInnen am bedingungslosen Grundeinkommen haben könnten. Ich möchte aufzeigen, wie UnternehmerInnen als Partner in dieser Sache gewonnen werden können.

Zunächst einmal gilt es, drei Irrtümer über UnternehmerInnen auszuräumen. Meine Thesen dazu:

1. ManagerIn und UnternehmerIn wäre prinzipiell derselbe Beruf.
2. UnternehmerInnen wären prinzipiell reich.
3. UnternehmerInnen sind eine unbedeutende Minderheit.
4. UnternehmerInnen wären prinzipiell nur an ihrem eigenen Profit interessiert.

### **ManagerIn und UnternehmerIn ist nicht derselbe Beruf**

Wer oder was ist ein Unternehmer, eine Unternehmerin? Wir fassen hier die Definition sehr allgemein und verstehen darunter jede Erwerbsarbeit, die auf eigene Initiative und auf eigenes Risiko hin betrieben wird. Dazu zähle ich klassische UnternehmerInnen in produzierenden Sparten oder im Handel, die

---

<sup>1</sup> Familienverband 2006.

Bauern, freie Berufe wie ÄrztInnen oder ArchitektInnen und dann die breite Palette der neuen DienstleisterInnen – unabhängig von ihrem gewerberechtlichen Status. Es ist also vorerst einmal unerheblich, ob es sich um Inhaber eines Großbetriebs oder Neue Selbständige handelt. Wesentlicher ist die Unterscheidung zwischen UnternehmerIn und ManagerIn. Diese beiden Berufsbilder werden heute gerne in einen Topf geworfen. Weil Manager immer wieder als "Konzernbosse" tituiert werden, entsteht in unseren (und auch in deren) Köpfen leicht der Eindruck, sie wären die Eigentümer der Konzerne. Unter einem Unternehmer, einer Unternehmerin verstehe ich Menschen, die tatsächlich (Mehrheits-)Eigentümer sind und daher auch Letztentscheider – also nicht Miteigentümer, die in Wirklichkeit nichts mehr zu sagen haben. Unternehmertum, Unternehmerschaft ist gekennzeichnet durch Letztentscheidung, Übernahme des finanziellen Risikos und (zumindest teilweise) persönliche Haftung im Falle des Scheiterns. "Echte" UnternehmerInnen haben meistens auch eine Herzensbindung zu ihren Unternehmen: entweder eine historisch gewachsene und emotionale – etwa seitens der Familie oder eine persönliche, etwa weil er seine Ideen und Visionen verwirklicht. Echte UnternehmerInnen können sich daher auch nicht leicht von ihrem Unternehmen trennen. Besonders Klein-UnternehmerInnen haften für Verluste zu einem Großteil persönlich; ein Konkurs bedeutet für sie nicht selten das Ende aller beruflichen Möglichkeiten und gleichzeitig auch starke gesellschaftliche Ächtung.

Alle, auf die diese Kriterien nicht zutreffen, sind (meist angestellte und abgesicherte) GeschäftsführerInnen, ManagerInnen, Vorstände oder Aufsichtsräte, die in der Öffentlichkeit zwar oft als UnternehmensführerInnen, bezeichnet werden, tatsächlich aber "weisungsgebundene" LinienmanagerInnen sind. Sie haben kaum ein eigenes finanzielles Risiko, sind durch hohe Gehälter und Abfertigungen auch im Falle eines Scheitern abgesichert und haben wenig oder keine Bindung zum Unternehmen. Sie können sehr rasch von einem zum nächsten wechseln und sind selten in ihrer Existenz bedroht.

### **UnternehmerInnen sind nicht prinzipiell reich**

Eine weitere Annahme, die oft ein falsches Bild in unseren Köpfen erzeugt: UnternehmerInnen hätten per se keine finanziellen Probleme, weil sie durch hohe Gewinne zu den Reichen gehören. Da gibt es noch immer die alte klassenkämpferische Vorstellung: Auf der einen Seite stehen *die* ArbeitnehmerInnen, die man schützen und absichern muss, auf der anderen Seite *die* UnternehmerInnen, die satte Gewinne machen und deshalb für sich selbst sorgen können und sollen. Wie viele UnternehmerInnen gibt es noch, die dem

Bild des dicken Kapitalisten mit der Zigarre entsprechen, wie wir ihn von den Klassenkampf-Plakaten kennen? Es ist nur eine Hand voll, eine Minderheit, die als reich zu bezeichnen ist. Die Durchschnittseinkommen der selbständig Tätigen liegen unter jenem der Angestellten und ein höherer Prozentsatz gehört zu den "working poor". Das sind Menschen, die trotz Arbeit nur ein Einkommen unter der Armutsgrenze erzielen. Tatsächlich leben echte UnternehmerInnen mit einer hohen sozialen Unsicherheit – besonders dann, wenn sie nicht durch stetige hohe Gewinne und/oder Rücklagen persönlich abgesichert sind. Viele UnternehmerInnen agieren überhaupt ohne jegliches soziales Netz: Sie arbeiten unter Selbstaussbeutung ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld, Pflegeurlaub und ohne Absicherung bei Krankheit, mit Aussicht auf Pensionen unter der Ausgleichszulage. Sie gehen oft jahrelang nicht auf Urlaub, weil sie den Verdienstentgang nicht verkraften würden oder niemanden haben, der sie vertritt. Das soziale Sicherheitssystem der UnternehmerInnen ist wesentlich schlechter als jenes der ArbeitnehmerInnen. Dieser Einsicht wird von der Sozial- und Wirtschaftspolitik in keiner Weise Rechnung getragen. Die Absicherung von UnternehmerInnen wird weder von ihrer "Stammtpartei" den Konservativen gefordert noch von ihren Interessensvertretungen, der Wirtschaftskammer vehement betrieben.

Worüber es zwar noch wenig statistisches Material gibt, was sich jedoch bereits deutlich abzeichnet ist, dass ein Großteil der Kleinst-UnternehmerInnen unter die Armutsgrenze von 774 Euro fällt. Gemäß dem Österreichischen Einkommensbericht<sup>2</sup> verdienen selbständig Erwerbstätige in Österreich im Schnitt pro Jahr zwar 23.764 Euro brutto (= arithmetisches Mittel) was ungefähr auch dem Durchschnitt bei den unselbständig Erwerbstätigen entspricht. Wobei diese Betrachtung der Statistik trügerisch ist, weil die geringe Zahl der wirklich Reichen den Durchschnitt hebt. Hilfreich ist daher, die so genannten "Quartile" zu betrachten, dann sieht man, dass die Hälfte der Selbständigen hat weniger als 10.608 Euro brutto pro Jahr bezieht, Frauen gar weniger als 7.393 Euro. Das sind, um den Vergleich mit Angestellten zu ermöglichen, auf 14 Monatsgehälter umgerechnet 757 Euro bei den Männern und 528 Euro bei den Frauen. Das unterste Viertel lukriert gar weniger als 3.360 Euro pro Jahr, Frauen: 2.235 Euro. Womit die falsche, aber weit verbreitete Annahme widerlegt ist, dass UnternehmerInnen prinzipiell reich wären.

Auch das Gegenargument, da werde halt "schwarzgearbeitet", die Statistik trüge, weil hier die Schattenwirtschaft zuhause wäre, zählt nicht. Dagegen spricht, dass man als Einzelner gar nicht so viel "schwarzarbeiten" kann, um reich zu werden. Dass die eine oder andere Einnahme nicht angegeben wird, mag durchaus sein,

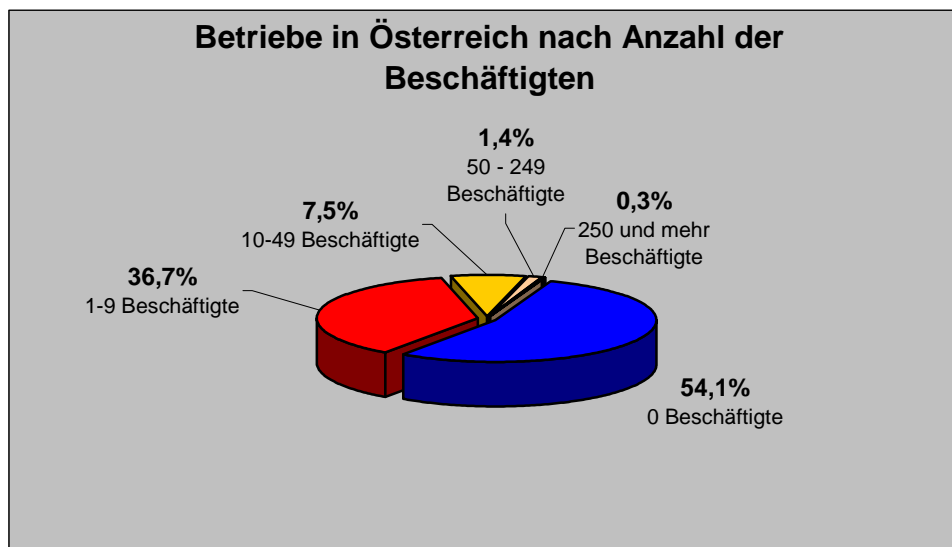
---

<sup>2</sup> Alle Angaben aus Statistik Austria 2004: 103 – 107.

das ändert aber an der grundsätzlichen Tatsache der geringen Einkommen nichts. Schattenwirtschaft im großen Stil, wie sie etwa in der Bauwirtschaft mit dramatischen Ausbeutungssituationen betrieben wird, kommt im Bereich der Kleinst- und Kleinbetriebe überhaupt nicht zum Tragen. Selbst wenn man hier einen gewissen Prozentsatz an "Schwarz-Einnahmen" dazurechnen muss, sind die meisten UnternehmerInnen wirtschaftlich deutlich schlechter gestellt als die meisten ArbeitnehmerInnen.

### **UnternehmerInnen sind keine unbedeutende Minderheit**

Wir kennen die Unternehmerlandschaft in Österreich zahlenmäßig nicht exakt, da sie nur über die Kammern statistisch erfasst wird und bei den Daten der Sozialversicherungen Mehrfachnennungen nicht sichtbar werden. Für unseren Zweck ziehen wir die Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger heran. Wir zählen jene Personen zum UnternehmerInnen-Stand, die überwiegend bei der Sozialversicherung der Gewerblichen Wirtschaft versichert sind. Allerdings fehlen in dieser Statistik die UnternehmerInnen mit 0 MitarbeiterInnen.



Quelle: Wirtschaftskammer Österreich 2006: 203.

Aus dem Diagramm ergibt sich eindeutig, dass Österreich das Land der Solo- und Mikro-UnternehmerInnen sowie der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) ist. Wenn in der Öffentlichkeit von KMUs die Rede ist, stellt man sich vor allem den klassischen Gewerbe- oder Handelsbetrieb vor, mit etwa zehn bis fünfzig MitarbeiterInnen und einer Produktionsstätte. Was weniger berücksichtigt wird ist, dass die Betriebe bis zu neun Beschäftigten über 90 % aller 320.000

österreichischen Unternehmen ausmachen. Die so genannten Mikro-UnternehmerInnen mit bis zu 3 MitarbeiterInnen zeigen gänzlich anderes Bild: Sie arbeiten oft ohne eigene Räumlichkeiten, mit einem Arbeitszimmer in der eigenen Wohnung oder in gemeinschaftlich genutzten Büros, mit bis zu 16 Stundentagen, 12 Monate im Jahr und der ständigen Angst vor dem Krankwerden.

In absoluten Zahlen sind dies übrigens in Österreich über 170.000 Menschen<sup>3</sup>, gemeinsam mit den KMUs fast 300.000.<sup>4</sup> Zum Vergleich: Das sind mehr, als in der Landwirtschaft tätig sind. Diese haben ein eigenes Ministerium, während die Interessen der Mikro-UnternehmerInnen gemeinsam mit den Großen in den Kammern (nicht) vertreten werden. Auch wenn zu Wahlzeiten immer wieder darauf hingewiesen wird, dass wir eine klein- und mittelbetrieblich strukturierte Wirtschaft haben, wird danach wieder Politik für internationale Konzerne und für ein paar Großbetriebe gemacht.

Man darf also nicht in den Fehler verfallen und meinen, die Anzahl der Mikro-Betriebe wäre unbedeutend – vielmehr reden wir von einer Menge, die auch politisch relevant wäre. 300.000 Stimmen, die ein ureigenes Interesse an einem Grundeinkommen haben könnten.

### **UnternehmerInnen sind nicht nur an ihrem eigenen Profit interessiert: öko-soziale UnternehmerInnen**

Ein weiteres Vorurteil kann hier entkräftet werden: UnternehmerInnen würden nur an ihrem eigenen Profit interessiert sein und darüber hinaus kaum gesellschaftspolitische Neigungen hegen. Noch wenig beforscht, doch empirisch bereits wahrnehmbar, wächst eine neue Spezies heran: Die öko-sozialen UnternehmerInnen. Wer sind diese Neuen, woher kommen sie, was motiviert sie? Neben den traditionellen GründerInnen, die von Anfang an UnternehmerInnen sein wollen, gehen immer mehr Menschen – freiwillig oder unfreiwillig, angesichts des prekären Arbeitsmarktes – den Weg in die Selbständigkeit. Sie kommen sozusagen von "unten". Aber auch immer mehr konzernmüde (oder auch arbeitslose) ManagerInnen wählen das Unternehmertum als Ausweg aus ihren zermürbenden, ethischen Konflikten. Die neuen UnternehmerInnen erwarten sich für ihre Mühe nicht so sehr den großen materiellen Gewinn, sondern eher eine mentale Entlastung. Auch kommt ein nicht unbeträchtlicher Teil von der "anderen" Seite: Sie waren vorher

---

<sup>3</sup> Schätzung aus den in der Tortengrafik genannten Daten plus UnternehmerInnen ohne Beschäftigte.

<sup>4</sup> Das sind 92% von 320.000 Unternehmen.

Angestellte, haben die Schattenseiten erlebt und wollen es in ihrem eigenen Unternehmen anders machen. Sie kommen aus der Ökologiebewegung mit einer christlich-sozialen oder sozialistischen Grundhaltung, sind stark an gesellschaftspolitischen Fragen interessiert, haben eine solidarische Grundhaltung und sind oft auch in NGOs (Nichtregierungsorganisationen) organisiert. Viele neue UnternehmerInnen errichten ihre Betriebe in der Kreativwirtschaft, im Gesundheits- und Wellnessbereich, in den neuen Technologien. In diesen Branchen verlangt schon der Unternehmensgegenstand eine neue Einstellung zum Menschen, zu Gesellschaft und Umwelt.

Diese "öko-sozialen UnternehmerInnen" haben allerdings noch wenig positive Präsenz in der Öffentlichkeit. Sie werden hauptsächlich als Problemfälle, als nicht überlebensfähig, nicht ernstzunehmend oder gar als aussterbende Spezies dargestellt. Selten gibt es Erfolgstorys über Mikro-UnternehmerInnen in den Medien. Die Sprache, in der über sie berichtet wird, ist nicht aufbauend – zum Beispiel "umsatzschwache" Betriebe, "Scheinselbständige" etc. Da wird jeweils aus der Sicht großer Unternehmen oder der Angestellten geurteilt und es werden auch deren Maßstäbe angelegt. BeraterInnen haben wenig Bewusstsein und meist auch wenig Erfahrung mit öko-sozialen Mikro-UnternehmerInnen, denn die Spezialisten für den Mittelstand denken in größeren Dimensionen und anderen Perspektiven.

### **Bedingungsloses Grundeinkommen als Existenzsicherung für UnternehmerInnen**

Der überwiegende Teil der UnternehmerInnen braucht dringend ein Grundeinkommen zur eigenen sozialen Absicherung. Der Vorteil läge dann nicht nur bei den Individuen sondern auch bei der Politik. Es würde sich erübrigen, darüber nachzudenken, ob man eine Art Arbeitslosenversicherung für Selbständige einführen soll. Das bedingungslose Grundeinkommen würde helfen, weil jede und jeder auf einem Sockel aufbauen und so Schwankungen im Einkommen abgefedert werden könnten. Damit wäre das Problem der sozialen Absicherung von UnternehmerInnen in allen Belangen gelöst. Die Menschen könnten vor der Armutsfalle bewahrt werden, da sie auch im Falle eines Scheiterns eine gewisse Absicherung hätten. Das Grundeinkommen könnte auch eine Art Starthilfe sein. Bis UnternehmerInnen ins Verdienen kommen, braucht es in vielen Branchen eine Vorlaufzeit von zwei bis drei Jahren. Gleichzeitig bietet das Grundeinkommen natürlich auch eine Absicherung im Krankheitsfall, bei Kundenausfällen, bei Unwegsamkeiten, die einem als UnternehmerIn passieren kann. Ein weiterer Nebeneffekt: Vom bedingungslosen Grundeinkommen würden Frauen in besonderem Maße profitieren. Ihre

Erwerbsbiografien sind vielfältiger und von größerem Armutsrisiko behaftet. Oft sind sie „Patchworkerinnen“, die mehrere Jobs ausüben. Die unvermeidlichen Übergänge könnten auf diese Weise besser abgesichert werden.

Die stärkere Aufmerksamkeit gegenüber echten UnternehmerInnen ist auch aus volkswirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt: Mikrobetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze, während sie in Großbetrieben und Konzernen abgebaut werden, sie verringern durch Selbstbeschäftigung die Arbeitslosigkeit und tragen durch ihre Abgaben zur Staatsquote bei. Es gibt also ein persönliches und ein volkswirtschaftliches Element, warum UnternehmerInnen unbedingt in die Interessensgemeinschaft einbezogen werden sollten, die für das Grundeinkommen kämpft.

## **Machtausgleich**

Zum Abschluss möchte ich noch einen Aspekt – der zwar nicht nur UnternehmerInnen betrifft – herausstreichen: Ein bedingungsloses Grundeinkommen – allerdings nur dieses – wäre auch ein emanzipatorischer Akt, um das Macht-Gleichgewicht wieder herzustellen, das durch Liberalisierung und Globalisierung aus der Balance geraten ist. Früher waren die Produktionsstätten fest vor Ort verankert und wenn sie lahm gelegt wurden, konnten UnternehmerInnen den Schaden nicht lange ertragen, sie mussten sich dem Druck irgendwann beugen. Heute greifen die traditionellen Mittel der Schwächeren wie etwa Streiks oder Blockaden von Produktionsstätten nicht mehr. Heute kann sich dem Druck jede große Firma entziehen, etwa durch Lobbying im Bereich der Politik zur Änderung der Rahmenbedingungen oder durch Verlagerung der Produktion oder ganzer Anlagen in Billiglohnländer. Wenn Arbeitsplätze bedroht sind, gehen PolitikerInnen und letztlich auch Arbeitnehmervvertretungen in die Knie. Damit gibt es auf der Seite der Konzerne eine Trumpfkarte, die immer sticht. Auf der Arbeitnehmerseite, aber auch von den kleinen UnternehmerInnen konnte noch kein wirksames Mittel entgegen gesetzt werden. Man muss schleunigst auf der schwächeren Seite etwas tun, um das Machtgleichgewicht wieder herzustellen, das heißt Kampfmittel finden, die wirksam sind und die einen Ausweg aus der Erpressbarkeit liefern.

Das betrifft einerseits die ArbeitnehmerInnen und die so genannten Scheinselbständigen, die dann nicht in diese Situation gezwungen werden könnten. Aber es betrifft genau so die kleinen und mittleren UnternehmerInnen. Wären sie zumindest minimal abgesichert, müssten auch sie nicht mehr jeden Auftrag zu jedem Preis annehmen, sodass sie gar keinen Gewinn mehr erzielen

können. Sie könnten sogar eine gewisse Würde auch in ihrem Unternehmer-Sein verankern, wenn sie durch ein Grundeinkommen aus dieser Zwangslage und Erpressungslage heraus kämen.

### **Eine neue "Allianz der Kleinen"**

Eine neue Allianz zwischen Arbeitnehmerschaft und Mikro-Unternehmertum ist nötig. Dazu gehört die Erkenntnis, dass echte UnternehmerInnen nicht der Klassenfeind sind, sondern oft noch schlechter abgesichert sind als ArbeitnehmerInnen und großes Interesse an einer Verbesserung ihrer Lage haben. Beide Gruppen könnten gemeinsam neue Kampfmittel einsetzen, und die Erpressbarkeit und die Abhängigkeit von den Großen reduzieren. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist gerade für Mikro-, Klein- und Mittel-UnternehmerInnen ein Akt des Überlebensschutzes. Daher sollten echte UnternehmerInnen nicht als Feinde oder gar als Klassenfeinde, sondern als BündnispartnerInnen für das bedingungslose Grundeinkommen betrachtet und als Teil einer neuen Allianz in der Sache gewonnen werden.

### Literatur

**Familienverband Österreich** (2006): Armutsgrenze (abgerufen am 08.05.2006 unter <http://www.familienverband.at/Information/armutsgrenze.htm>).

**Statistik Austria** (2004): Allgemeiner Einkommensbericht. BGBL 1 Nr. 64/1997.

**Wirtschaftskammer Österreich** (2006): Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Beschäftigungsdaten für Österreich. Zusammengestellt aus den Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (abgerufen am 08.05.2006 unter <http://wko.at/Statistik/kmu/WKO-BeschStatK.pdf>).

### Zur Autorin

Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftscoach und Psychotherapeutin, Gründerin und Leiterin des Instituts für Macht-Kompetenz, Wien, Bestsellerautorin von "Die helle und die dunkle Seite der Macht" sowie "Business-Krieger. Überleben in Zeiten der Globalisierung", Lehrbeauftragte der Wirtschaftsuniversität Wien, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Leopold-Kohr-Akademie Salzburg sowie Vorsitzende der Initiative für Mikro-UnternehmerInnen.